

und Sozialstruktur, Willensbildung und innerparteiliche Demokratie, innerparteiliche Auseinandersetzungen); V. Finanzierung, Pressure Groups und zwischenparteiliche Beziehungen.

Es hätte einen guten Sinn gehabt, wenn es Flechtheim um nicht mehr und nicht weniger als eine aktualisierende Ergänzung der zitierten »Dokumentation zur parteipolitischen Entwicklung ...« gegangen wäre. Aber er hatte, wie diverse Rückblenden zeigen, offenbar weitgespannte Absichten, die auch auf eine Verdeutlichung historisch-prozessualer Zusammenhänge hinausliefen. Und an dieser Stelle müssen kritische Bedenken aufkommen. Es wird nicht klar, nach welchen Maßstäben und Zweckvorstellungen Flechtheim die Dokumentenauswahl im einzelnen getroffen hat. Worin z. B. liegt der Sinn der anscheinend zum Vergleich auffordernden Gegenüberstellung von Dokumenten, die sich teilweise auf ganz unterschiedliche Perioden beziehen und in ihrem repräsentativen Charakter nicht auf gleicher Ebene liegen: Richard Petrys (i. e. Peter von Oertzens) SPD-Analyse von 1954, eine aus dem Jahre 1972 stammende offizielle Selbstdarstellung der FDP, Walter Dirks' Abhandlung über die CDU von 1953, Sebastian Haffners auf die Unionsparteien bezogener Wahlkommentar vom November 1972 und Alf Mintzels Originalbeitrag über die CSU? Welche Gründe mögen den Herausgeber zur Aufnahme des Adenauer-Leserbriefes an »Neues Deutschland« vom 14. 6. 1946 in den Abschnitt »Programmatik« (!) bewogen haben, oder zum Abdruck des Aufrufes des Berliner SPD-Zentralausschusses vom 15. 6. 1945, während keine einzige der programmatischen Äußerungen Kurt Schumachers von 1945/46 dokumentiert wird? Schlechthin unverständlich ist die Wiedergabe der Berliner »Tips für Erstwähler« vom März 1971. Dies sind nur einige wenige Beispiele für den nicht einmal in Umrissen erkennbaren Auswahlmodus und für die Disparatheit des Materials.

In den Einführungen finden sich ebenfalls manche Merkwürdigkeiten. Da ist vom »recht ›neoliberale[n]‹ Godesberger Programm« die Rede (S. 23) und vom Bestreben der SPD nach 1959/60, »nun als Volkspartei die Wähler davon zu überzeugen, daß sie die Bundesrepublik wenn auch nicht so qualitativ anders, so doch quantitativ besser regieren würde als die CDU/CSU« (S. 23 f.). Der SPD von 1945/46 wird in souveräner Mißachtung der energischen Volksparteiambitionen Schumachers und anderer prominenter Sozialdemokraten und mit zumindest schiefer Interpretation der Klassen- und Klassenkampfanalysen des damaligen Parteivorsitzenden folgende Strategie unterschoben: »Die Sozialdemokratie ist eine Arbeiterpartei, und nur die Arbeiterklasse – die Hausmacht der SPD – kann durch den Klassenkampf – die große gesellschaftliche Tatsache – die klassenlose Gesellschaft verwirklichen« (S. 142). In der Einführung zum Programmatik-Teil vermißt man jegliche Differenzierung zwischen den einzelnen Programmtypen (Grundsatz-, Aktions-, Regierungs- und Wahlprogramm).

Abschließend ist zu sagen, daß der Herausgeber und Autor die im Vorwort beschriebene Aufgabe, eine »einigermaßen angemessene Dokumentation einer so komplexen Erscheinung, wie sie die westdeutschen Parteien über einen Zeitraum von mehr als einem Vierteljahrhundert sowohl in sich wie auch in ihren Beziehungen zueinander und zur Außenwelt darstellen, in einem Band zusammenzudrängen« (S. 11), nicht überzeugend gelöst hat.

Kurt Klotzbach

Ulrich Buczyłowski, Kurt Schumacher und die deutsche Frage. Sicherheitspolitik und strategische Offensivkonzeption vom August 1950 bis September 1951 (= Zeitpolitische Schriftenreihe, Bd. 13), Seewald Verlag, Stuttgart-Degerloch 1973, 228 S., kart., 18 DM.

Der Verfasser stellt sich die Aufgabe, Schumachers deutschland- und sicherheitspolitische Konzeption für die Zeit vom parteipolitischen Wiederbeginn 1945/46 bis zum Tode des SPD-Führers im August 1952 herauszuarbeiten. Das Interesse richtet sich vornehmlich auf die dem Ausbruch des Koreakrieges folgende Periode. Vorwegnehmend konstatiert Buczy-

lowski: »Der Verfasser glaubt nachweisen zu können, daß Kurt Schumacher ab August 1950 und bis September 1951 eine in sich geschlossene Konzeption vertrat, in der sowohl dem Sicherheitsbedürfnis als auch der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands Rechnung getragen wurde« (S. 10). Im intellektuellen Nachvollzug einer solchen Aussage beginnt man sich zu wundern. Denn der Autor scheint suggerieren zu wollen, er sei der bisher einzige, der sich in systematischer und umfassender Weise mit den Problemen der Schumacherschen Wiedervereinigungs- und Wehrpolitik beschäftigt habe. Diese anfängliche Vermutung wird vom weiteren Gang der Untersuchung bestätigt. Erst auf S. 88 – und danach noch einige wenige Male – zitiert Buczyłowski jene Studie, die vier Jahre zuvor erschienen war und all jene Komplexe einschloß, für deren Behandlung der Verfasser des jetzt zu besprechenden Beitrages Originalität zu reklamieren scheint: Udo F. Löwkes Buch »Für den Fall, daß . . . Die Haltung der SPD zur Wehrfrage 1949–1955«. Der Hauptunterschied zwischen beiden Arbeiten liegt darin, daß Löwke die einzelnen Fragen von einer erheblich breiteren Quellenbasis aus ungleich genauer und differenzierter untersucht, sie außerdem gewandter und konziser darzustellen weiß. Man vergleiche etwa das, was Buczyłowski auf S. 140 f. und 174 f. über die Erfolgsmöglichkeiten der Schumacherschen Offensivkonzeption resümiert, mit der schlüssigen Skepsis, die Löwke (S. 69 f.) äußert, oder die – falsche – Behauptung, die SPD habe ab September 1951 eine deutsche Wiederaufrüstung »im Grunde« abgelehnt (Buczyłowski, S. 154), mit der behutsamen Nachzeichnung und Würdigung des Diskussionsprozesses bei Löwke (S. 92 ff.).

Man könnte mit ähnlichen Beispielen fortfahren, die zusätzlich demonstrieren würden, daß das Buch von 1973 im großen und ganzen gegenüber der Studie von 1969 einen Rückschritt bedeutet. Doch fragen wir nun auch nach dem positiven forschungsmäßigen und interpretatorischen Ertrag der Arbeit Buczyłowskis. Festzuhalten sind: einige komplementäre Aspekte bei der Erörterung der Position Schumachers gegenüber Neutralität und Neutralisierung und bei der Wiedergabe von Resultaten, die der Verfasser in Gesprächen mit den Generalen Heusinger und Speidel erzielte; der Hinweis auf das mit Schreiben vom 6. Februar 1951 an Adenauer überreichte Schumacher-Memorandum, das in der Tat die umfassendste, plastischste und für den Begründungshorizont aufschlußreichste Erläuterung der strategischen Offensivkonzeption enthält; insgesamt die Darstellung einer spezifischen »Politik der Stärke«, die auch vor der Kalkulierung militärischer Konflikte nicht zurückschreckte.

Das alles hätte vielleicht als Motivation und Material für einen Aufsatz dienen können. Mit seiner Buchplanung hat Buczyłowski jedenfalls von vornherein zu hoch gegriffen. Für diejenigen, die sich mit der sozialdemokratischen Deutschland- und Sicherheitspolitik Ende der vierziger / Anfang der fünfziger Jahre beschäftigen, behält Löwkes »Für den Fall, daß . . .«-Analyse Richtschnurcharakter.

Kurt Klotzbach

Kurt Schumacher, *Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie*, hrsg. v. Friedrich Holtmeier. Mit einem Geleitwort von Herbert Wehner (= Urban-Taschenbücher, Reihe 80, Bd. 839), Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1973, 144 S., Pb., 10 DM.

Schon vor Jahrzehnten sollte die Dissertation, mit der Kurt Schumacher 1920 bei dem Münsteraner Gelehrten Johann Plenge zum Doktor der Staatswissenschaften promoviert, veröffentlicht werden. Den »ernsthafte[n] Versuch« – so der Herausgeber und frühere Plenge-Assistent Friedrich Holtmeier in seinem kurzen Vorwort – unternahm in den frühen fünfziger Jahren der Bollwerk-Verlag. Die Realisierung scheiterte damals am Einspruch des SPD-Vorstandes, der zunächst auf die Erben, dann aber auf ein angebliches Veto von Schumacher selbst verwies. Daß es mehr als zwanzig Jahre nach dem Tode des Mannes, der die Wieder- und Neugründung der Sozialdemokratie in Westdeutschland nach 1945